

Staatsminister Dr. Wacker.

Zusammenstellung

über meine Einberufung, das Dienstver-
hältnis und mein Ausscheiden aus dem

Reichserziehungsministerium.

Zusammenstellung

über meine Einberufung, das Dienstverhältnis und mein Aus-
scheiden aus dem Reichserziehungsministerium.

1. Angebot,

als Staatssekretär in das Reichserziehungsministerium
einzutreten.

Am 23. März 1935 eröffnete mir der Herr Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner in Baden dienstlich, daß der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Dr. h. c. Bernhard Rust, ihm mitgeteilt habe, er beabsichtige, mich als Staatssekretär in das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu berufen. Diese Absicht wurde mir mitgeteilt wohl als Folge, bzw. im Zusammenhang mit der vorausgegangenen Entwicklung, dem Ausscheiden des früheren Herrn Staatssekretärs Dr. Stuckart im Reichserziehungsministerium und wohl auch im Zusammenhang mit Differenzen, die der Herr Reichsminister bzw. das Reichserziehungsministerium mit dem Stab des Stellvertreters des Führers bzw. der Hochschulkommission im Stab des Stellvertreters des Führers hatte. Am 30. Mai 1935 sollte in Bad Kis-
singen

singen auf Wunsch des Herrn Reichsministers Rust, der die-
serhalb mich nochmals persönlich angerufen hatte, die ent-
scheidende Aussprache stattfinden. Infolge einer falschen
Terminübermittlung und gleichzeitiger Abwesenheit des per-
sönlichen Referenten des Herrn Reichsministers kam die Be-
sprechung jedoch nicht zustande. Am 29. Mai 1935 teilte
mir Herr Reichsminister Rust mit, daß er die Besprechung
in Berlin ansetzen werde. Er gebrauchte hierbei im Zusam-
menhang mit der beabsichtigten Berufung die Wendung: "Mein
Wille steht unerschütterlich fest." Ich habe dann von den
Absichten des Herrn Reichsministers nichts mehr gehört bis
der Reichsminister mir im Spätjahr 1935 nach einer Reichs-
tagssitzung mitteilte, daß zufolge einer grundsätzlichen
Entscheidung des Führers und Reichskanzlers die freie Stel-
le des Staatssekretärs im Reichserziehungsministerium mit
einem Verwaltungsjuristen besetzt werden solle. Der Führer
habe gewünscht, daß an diese Stelle nicht ein Politiker ge-
stellt werde, sondern eine Persönlichkeit der juristischen
Laufbahn und mit alter Verwaltungspraxis. Im Frühsommer
1936 wurde auf die freie Staatssekretärstelle im Reichser-
ziehungsministerium der bisherige Regierungspräsident
von Wiesbaden, Werner Zschintzsch, ein Verwaltungsjurist,
berufen.

2. Das Angebot,

2. Das Angebot,
als Ministerialdirektor in das Reichserziehungsministerium
einzutreten.

Auf den 24. Oktober 1936 bat mich Herr Reichsminister telegrafisch nach München und machte mir dort den Vorschlag, als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Herrn Ministerialdirektors Professor Dr. Vahlen in das Reichserziehungsministerium zu kommen. Es handle sich hier um den Posten des Leiters des Amtes Wissenschaft. Am 16. und 17. November 1936 habe ich mit dem Herrn Reichsminister Rust und seinen Beauftragten, insbesondere mit dem jetzigen Ministerialdirektor und damaligen persönlichen Referenten Dr. Hollfelder mehrere Unterredungen gehabt, in deren Verlauf ich die mir notwendig erscheinenden Voraussetzungen zu einem Eintritt in das Reichserziehungsministerium in mehreren Punkten unterbreitet habe. Ich konnte mich mit dem Herrn Reichsminister bei dieser Besprechung einigen in 13 Punkten (Anlage 1) Ganz besonders charakteristisch sind die Punkte 1 und 4, wonach ich mich nur unter der Voraussetzung bereit erklärt habe, das Amt Wissenschaft "mit Sonderauftrag" zu übernehmen, wenn ich mein Amt als Minister in Baden hierbei nicht aufzugeben brauche. Weiterhin charakteristisch ist der Punkt 11, wonach Dienstanweisungen des Herrn Reichsministers für mich nur insofern verbindlich sind, als sie mir unmittelbar teilt

teilt werden. Hinsichtlich dieser Punkte war demnach eine Einigung mit dem Herrn Reichsminister erzielt. Keine Einigung konnte erzielt werden in einer sehr grundsätzlichen Frage. Ich hatte bei dieser Besprechung zum Ausdruck gebracht, daß mir eine unmittelbare Unterstellung unter den Herrn Reichsminister wegen Erfüllung meiner vorwiegend politisch gedachten Aufgabe wünschenswert erscheint (Anlage 2). Sowohl über die erzielte Einigung, wie über die noch offenstehenden Punkte habe ich eine Niederschrift gemacht und sie mit Schreiben vom 23. November 1936 dem Herrn Reichsminister unterbreitet. (Hieraus stammen die eben zitierten Anlagen 1 und 2). Der Herr Reichsminister hat durch Schreiben des stellvertretenden Chefs des Ministeramts vom 4. Dezember 1936 (Anlage 3) in diesem Sinne die Einigung bzw. Nichteinigung bestätigt, wobei er ausdrücklich meine Unterstellung unter den Staatssekretär für notwendig hielt und eine direkte Unterstellung unter sich selbst somit ablehnte. Diese Auffassung des Herrn Reichsministers über mein Aufgabenbereich und meine Stellung in seinem Ministerium entsprach nicht ganz der des Herrn Reichsministers Heß. Herr Reichsminister Heß hatte, in Kenntnis gesetzt von dem beabsichtigten Personalvorgang, an mich unterm 21. November 1936 ein Handschreiben gerichtet (Anlage 5), in welchem er zum Ausdruck brachte, daß meine Berufung "als Sonderauftrag politischer Natur" angesehen werden soll und ich deswegen dem Herrn Reichsminister Rust "direkt unterstellt" werden

werden sollte. Er hat eine solche Lösung vonseiten der Partei "aufs wärmste begrüsst". Reichsminister Rust hatte bei gleichzeitiger Ablehnung der direkten Unterstellung das Recht des persönlichen Vortrags mit Schreiben vom 4. November 1936 zugestanden. Ich habe dann mit Schreiben vom 4. Dezember 1936, ohne die direkte Unterstellung unter den Reichsminister erreicht zu haben, jedoch mit dem schriftlich zugesagten Recht des persönlichen Vortrags, mich grundsätzlich bereit erklärt, das Amt zu übernehmen (Anlage 6), und wurde daraufhin durch Erlaß vom 15. Dezember 1936 Z I Nr. 2120 (Anlage 7) "vertretungsweise mit der Führung des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium beauftragt unter gleichzeitiger Beibehaltung der Führung des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts."

Als Länderminister vertretungsweise beauftragt.

Wenn ich mich in meinem Schreiben vom 4. Dezember 1936 entschlossen habe, trotz der mir inzwischen mitgeteilten Auffassung des Herrn Reichsministers Heß über die seitens der Partei für richtig gehaltene Abgrenzung meines Auftrages auch ohne die direkte Unterstellung unter den Reichsminister und ohne ausgesprochenen politischen Sonderauftrag die Aufgabe in dieser Form zu übernehmen, so geschah dies im wesentlichen

aus

aus folgenden Gründen:

1. Ich kannte aus meiner Erfahrung als Länderminister, in dessen Verwaltungsbereich zwei Universitäten und eine Technische Hochschule lagen, die Entwicklung des Hochschulwesens und der Wissenschaft im Allgemeinen seit 1933. Es war mir bekannt, was schließlich der Öffentlichkeit der Hochschule mindestens ebenso bekannt war, daß die Zentrale in Berlin nicht gut arbeitete. Als Chef einer Landesverwaltung habe ich selbst die Auswirkungen des unzulänglichen Funktionierens der zentralen Reichsstelle im Reichserziehungsministerium in zahlreichen Fällen erleben müssen. Ich kannte die Mißstimmung, die in der Hochschullehrerschaft zum Teil sehr berechtigt herrschte und die allmählich die Form einer Depression angenommen hatte über das offen im Lande besprochene Versagen der erwähnten Dienststelle. Ich kannte schließlich auch die Auseinandersetzungen, wenigstens von der Peripherie, die zwischen den Parteieninstitutionen, Hochschulkommission, NSD-Dozentenbund, Stab Rosenberg und Amt Wissenschaft im Reichserziehungsministerium laufend im Gange waren und deren Auswirkungen natürlich an der Hochschule überaus deutlich spürbar wurden. So war bei mir an und für sich von vornherein der Wille gegeben, Übel abzustellen.

2. Diese eben genannten Erscheinungen waren von mir zurückgeführt worden auf ein schlechtes Arbeiten des Amtes Wissenschaft selbst. Darin hatte mich auch die Auffas-

sung

sung des Herrn Reichsministers bestärkt, der in mehreren Unterredungen mir gegenüber sich über die unzulängliche Arbeitsweise dieses Amtes beklagte und mir "von einer großen Sorge" sprach, die ihn bedrücke, weil dieses Amt nicht ordnungsgemäß funktioniere. Erst viel später während meiner Tätigkeit in Berlin musste ich allmählich erkennen, daß die Hauptursache für das Versagen nicht im Amt Wissenschaft selbst lag, wenn auch dort gewiß rein technisch und verwaltungsmäßig ein unvorstellbarer Tiefstand erreicht war.

3. Meine Auffassung, wonach die Entwicklung so wie bisher nicht weitergehen könne und endlich etwas Positives geschehen müsse, war ja nicht nur meine eigene Anschauung, sondern auch die zahlreicher Dienststellen, insbesondere zahlreicher Parteidienststellen. Sie findet auch ihren Niederschlag in dem schon zitierten Schreiben des Herrn Reichsministers Heß. Gerade das Schreiben des Herrn Reichsministers Heß hat mich in letzter Minute bestärkt in dem Gefühl der Pflicht gegenüber der Partei und dem nationalsozialistischen Staat, diese Aufgabe zu übernehmen, auch dann, wenn im Augenblick nicht alle von mir vorgebrachten Forderungen seitens des Herrn Reichsministers Rust erfüllt worden waren. Die enge Fühlungnahme, die mich von vornherein mit den diesbezüglichen Parteidienststellen verband, gab mir die Überzeugung, daß es gelingen müsste, das Steuer herumzuwerfen.

4. Ich hatte von vornherein die Absicht, zu gegebener Zeit die Forderung nach direkter Unterstellung unter den Herrn Reichsminister zu wiederholen, sobald ich in Berlin selbst die nötigen Erfahrungen über den einzuschlagenden Weg gesammelt hätte und ich war von vornherein der selbstverständlichen Annahme, daß der Herr Reichsminister in wohlwollender Weise auf Lösungsvorschläge, die ich ihm vortragen würde, eingehen würde, wenn sie zur Sicherung und zur ordnungsgemäßen Fortführung der Dinge, bzw. zum Aufbau einer wirklichen reichseinheitlichen Hochschulpolitik unabweisbar notwendig erschienen, zumal das ja im Interesse des Reichsministeriums selbst liegen musste. Klar war jedenfalls von vornherein, daß ich ausdrücklich abgelehnt hatte, als Ministerialdirektor in das Reichserziehungsministerium überzusiedeln und damit hatte sich der Reichsminister durch meine ausgesprochene Berufung einverstanden erklärt. Die Debatte über die Frage, ob Ministerialdirektor oder nicht, war also abgeschlossen. Der Herr Reichsminister musste von vornherein schon an eine spätere andere Lösung gedacht haben.

Nochmalige Ablehnung des Ministerialdirektors.

Im Laufe des Monats März 1937 trat der Herr Reichsminister an mich heran mit der Frage, ob ich nun als Nachfolger

folger von dem scheidenden Herrn Ministerialdirektor Professor Dr. Vahlen in das Reichserziehungsministerium eintreten wolle. Ich lehnte hier nocheinmal ausdrücklich den Übertritt als Ministerialdirektor in das Reichserziehungsministerium ab.

Der Reichsminister hat hieraus keine Konsequenzen gezogen. Also musste ich wieder annehmen, daß er doch an die oft besprochene und von ihm zunächst abgelehnte Lösung eines politischen Sonderauftrags im Laufe der Zeit dachte.

Zwei Jahre Erfahrung.

Die Arbeitsweise des Herrn Reichsministers selbst und der innere Betrieb des Ministeriums brachten mich sehr rasch zu der Überzeugung, daß meine Haltung richtig gewesen war. Das Recht des persönlichen Vortrags stand mir zwar zu, aber die Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen, wurde mit der Zeit immer geringer, sodaß eine enge Pühlungnahme mit dem Reichsminister in entscheidenden Hochschulfragen nicht bestand. Dies lag nicht an mir, sondern lediglich daran, daß der Reichsminister nur selten zum Vortrag empfing. Meine weiteren Entschlüsse wurden im wesentlichen bestimmt durch Erkenntnisse während meiner zweijährigen Tätigkeit im Jahre 1937 und 1938 über die innere Arbeitsweise des Ministeriums und das Verhältnis des Ministeriums

zu andern Dienststellen, insbesondere aber zur Partei.

Die grundsätzlichen Erfahrungen, die ich während meiner Tätigkeit machte, sind wie folgt zusammenzufassen:

1. Das Verhältnis des Ministeriums zur Partei war im Ganzen genommen nicht glücklich, größtenteils schlecht. Das Verhältnis des Herrn Reichsministers zu den Parteidienststellen war so weit es sich meiner Erkenntnis darbot schlecht oder es war keines vorhanden.

Der Herr Reichsminister war auch gar nicht mit der Gestaltung dieses Verhältnisses befasst, sondern dies war völlig den einzelnen wirkenden Kräften im Ministerium überlassen. Eine grundsätzliche Erkenntnis war die, der Herr Reichsminister war dem Ministerium kein Führer. Ich habe während der Dauer meiner Tätigkeit keinen einzigen Satz seitens des Reichsministers gehört, aus dem ich in irgend einer Form auch nur eine Richtlinie für eine von ihm gewünschte Arbeitsrichtung oder Arbeitsweise hätte erkennen können. Ich habe über die positive Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Partei auf unserem Sektor oder über Hochschulpolitik oder Wissenschaftspolitik von Herrn Reichsminister keinerlei Weisung, keinerlei Zielsetzung und keinerlei Linienggebung gehört. Der Reichsminister selbst verhielt sich den herankommenden Problemen gegenüber passiv und war für das Gebiet Wissenschaft oft nur schwer

zu

zu bewegen, mir zwingend notwendig erscheinende Schritte oder Maßnahmen zu tun oder zu fällen, auch in Fragen, die völlig klar oder sehr einfach zu sein schienen. So drängte sich mir allmählich die Gewissheit auf, daß ich in Herrn Reichsminister Rust bei allen menschlichen Vorzügen und bei all seinen großen Verdiensten um Bewegung und Staat einen Chef hatte, dessen Arbeitstemperament passiv, lethargisch, wenn nicht unsicher war und das kaum in Aktion trat im Versuch der Abwehr von von aussen kommender Übergriffe. Ich habe im Laufe meiner zweieinhalbjährigen Tätigkeit im Reichserziehungsministerium viele Male versucht, den Herrn Reichsminister dazu zu bewegen, in entscheidenden Punkten, dem Führer und Reichskanzler Vortrag zu halten oder durch eine, im geeigneten Zeitpunkt vorzunehmende Besprechung beim Führer und Reichskanzler wenigstens eine Klärung über die grundsätzlichen Vorstellungen oder Wünsche des Führers und Reichskanzlers herbeizuführen. Während meiner ganzen Tätigkeit im Laufe von zweieinhalb Jahren ist es mir nur ein einziges Mal gelungen, den Herrn Reichsminister dazu zu bewegen, über eine Frage des Gebietes Wissenschaft beim Führer und Reichskanzler Vortrag zu halten, nämlich in der Frage der Errichtung einer Hochschulstadt Berlin. Vom Frühjahr 1937 bis zum Frühjahr 1939 gelang dies nicht mehr. So gewann ich die bittere Erkenntnis, daß der schlechteste Weg zum Führer und Reichskanzler über den Herrn Reichsminister

führt

führt und ich gewann dazu die bittere Erkenntnis, daß der schlechteste Weg zur Partei über den Herrn Reichsminister führt. Es blieb mir also nichts anderes übrig, als zur Lösung der heranstehenden Probleme die möglichen Wege zur Partei selbst zu finden. Und hier befand ich mich in der unglücklichen Situation, daß ich mich auf einem rein staatlichen Sektor eingesetzt sah, ohne daß von diesem rein staatlichen Sektor ein direkter Zugang zur Bewegung gegeben war. War es also an und für sich schon schwer, einen positiven Gedanken, der bei mir entstand, in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn für seine Verwirklichung Parteidienststellen gewonnen werden mussten, so zeigte sich dieses schlechte Verhältnis noch deutlicher darin, wenn große Probleme gestaltet werden mussten, die keinen Aufschub vertrugen und durch die gesamte Entwicklung zur Debatte gestellt waren, wie zum Beispiel das "Schicksal der Universität Prag" oder ein "Tag der Deutschen Wissenschaft" u.s.w. Besonders charakteristisch für den Zustand ist vielleicht folgender Vorgang:

Ich habe mich im Laufe des Jahres 1938 intensiv mit der Frage der Verreichlichung des Hochschulwesens beschäftigt und eine Denkschrift in dieser Frage dem Reichsminister vorgelegt. Dies mag etwa im Mai gewesen sein. Der Reichsminister hat auf die Denkschrift zu dieser Frage in keiner Weise reagiert, obgleich er doch schon bei meinem Eintreten in das Haus der von mir geäußerten Idee,

die

die Verreichlichung des Hochschulwesens betreiben zu wollen, in begeisterter Weise zugestimmt hatte. Auf meine Anregung hin haben die juristischen Sachbearbeiter im Hause den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, der ebenfalls auf dem Dienstwege durch mich an den Herrn Reichsminister herangebracht wurde. Die ganze Aktenvorlage kam aber an mich zurück mit dem Hinweis des Herrn Staatssekretärs, daß der Herr Reichsminister hierüber zuerst mit dem Herrn Preußischen Finanzminister Popitz und dem Herrn Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk sich aussprechen wolle. Trotz mehrfachen Vorstosses meinerseits ist im Laufe des folgenden Jahres von dieser Aussprache nicht mehr die Rede gewesen. Da ich allmählich die Erfolglosigkeit von Erinnerungen zur Genüge kennen gelernt hatte, versuchte ich einen anderen Weg, indem ich die Denkschrift mit einem Begleitschreiben Herrn Reichsleiter Bormann vorlegte und ihn bat, wenn es seine Zeit erlaube, gelegentlich eine Meinungsäußerung des Führers und Reichskanzlers über das Grundsätzliche in diesen Fragen herbeiführen zu wollen, in der begründeten Annahme, daß die Parteileitung grundsätzlich eine Verreichlichung des Hochschulwesens erstrebt und daß auch nur die Mitteilung über die Auffassung des Führers und Reichskanzlers geeignet ist, etwas mehr Bewegung in die Behandlung dieses Gegenstandes seitens des Reichsministers und des Staatssekretärs zu bringen. Es war mir hierbei natürlich klar, daß Herr Reichsleiter Bormann

ein

ein eigenes großes Arbeitsgebiet hat und selbst dem Führer und Reichskanzler zur Verfügung zu stehen habe und daß es für ihn natürlich nicht leicht sein würde, sich in andere Arbeitsgebiete hineinzudenken und hineinzuarbeiten und daraus Vorträge beim Führer zu übernehmen. Meine Annahme, daß die Belastung des Herrn Reichsleiters Bormann es nicht zulassen würde, über ihm nicht übertragene Aufgaben Vortrag beim Führer zu übernehmen, bewahrheitete sich insofern, als Herr Regierungsrat Wemmer vom Stab des Stellvertreters des Führers persönlich bei mir erschien und mir mitteilte, daß Herr Reichsleiter Bormann mit Interesse von der Denkschrift Kenntnis genommen habe, daß es ihm aber unmöglich sei, die von mir gewünschte Entscheidung beim Führer und Reichskanzler herbeizuführen. Dies müsse Sache des jeweils zuständigen Reichsministers bleiben und Herr Reichsminister Rust müsste diesen Vortrag selbst halten. Von dieser Mitteilung des Herrn Reichsleiters Bormann habe ich Herrn Reichsminister Rust schriftlich Kenntnis gegeben. Damit war der circulus virtuosus beendet. Der Reichsminister hat aus dieser Mitteilung eine Konsequenz nicht gezogen. Ich stand mit der Bearbeitung eines Kernproblems der Hochschulpolitik für die nächsten Jahre wieder am Anfang.

Die mangelnde Verbindung des Reichsministers zur Partei brachte es infolgedessen mit sich, daß solche Probleme dann in den verschiedensten Sektoren behandelt wurden, die sich mit Wissenschaft befassten, ohne daß auch nur

die

die Möglichkeit der Gestaltung eines Problems unter einem zentralen Gedanken und von einer Hand aus gegeben gewesen wäre. Ich musste bald einsehen, daß es mir nicht möglich war, von meiner Stellung als Amtschef aus wirklich größere Dinge zu gestalten, wenn ich nicht andere Vollmachten bekam und ich musste zweitens einsehen, daß der Reichsminister seinerseits konservativ in seiner bezogenen Stellung verharrte.

2. Innerhalb des Ministeriums war die Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen ungefähr das, was man als Bürokratie bezeichnen kann. Ich habe vorher Bürokratie nicht gekannt; ich habe sie in Berlin im Reichserziehungsministerium kennen gelernt. Sie gedeiht dort, wo zu kleine Köpfe mit zu großen Aufgaben betraut werden und wo nach dementsprechend engen Maßstäben ein großer Apparat laufen muß. Dies gilt für die Verwaltungsseite des Ministeriums ganz besonders. Die innere Organisation des Hauses war mangelhaft; es war viel organisiert, aber es klappte desto weniger. Als ich den Vorschlag gemacht hatte, dem Führer und Reichskanzler zu seinem 50. Geburtstag als Geschenk der deutschen Wissenschaft ein Buch mit 104 Aufsätzen berühmter deutscher Gelehrter zu überreichen, die es ermöglichen, dem Führer einen Überblick über den gesamten Stand der Wissenschaft und ihrer Leistungen seit 1933 zu geben und als wir an die Gelehrten herantraten, die diese Aufsätze schreiben sollten, wurden von 104 abgesandten Schreiben zwei richtig und 102 falsch zugestellt, trotz eingehender

eingehender Vorbereitungen. Da mir selbst die reine Verwaltungszentrale des Hauses nicht unterstand, hatte ich keinen Einfluß auf diese technischen Mängel und konnte sie nicht abstellen, dagegen wurde ich periodisch ihr Opfer. Beschwerden beim Reichsminister führten zu nichts.

3. Der Herr Reichsminister selbst hat die Neigung, sich sehr schwer zu entschließen. Einige Zeit nach meinem Ausscheiden aus dem Reichserziehungsministerium Ende April 1939 kamen ungefähr 40 Aktenstücke aus dem Büro des Reichsministers in das Amt Wissenschaft zurück, die teilweise aus dem Jahre 1938 stammten, mit der Anfrage, ob in der betreffenden Sache noch etwas zu veranlassen sei. Es war mein großes dienstliches Leiden, daß ungefähr 30 -40 % der von mir vorgelegten Beschlüsse über die Wohnung des Herrn Reichsministers bzw. das Ministerbüro nie hinausgelangten, sondern nach langer Zeit, oft erst nach vielen Monaten, wieder zurückkamen mit der Bemerkung, daß der Herr Reichsminister die Vorlage gelesen habe oder mit der Rückfrage, ob der Fall noch akut sei. Aus den Akten lassen sich solche Vorgänge jederzeit und nicht nur in Personalsachen nachweisen. Ich habe dem Herrn Reichsminister zum Beispiel 1938 im Sommer den ausführlich begründeten Vorschlag gemacht, einen Hochschultag, bzw. einen Tag der Wissenschaft in Wien abzuhalten aus Anlaß der Rückkehr der deutschen Hochschulen der Ostmark in das Reich. Obwohl der Herr Reichsminister grundsätzlich mit meinem Vorschlag ein-

verstanden

verstanden war, war es nicht möglich, ihn zu einem solchen Tag oder wenigstens zu einer Rektorenkonferenz nach Wien zu bewegen. Er selbst hat die geplante Veranstaltung vom Programm absetzen lassen. Natürlich kann man eine solche Veranstaltung nicht machen ohne Reichsminister. Als seitens des Reichserziehungsministeriums zum Beispiel die deutschen Hochschulen im Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Anschluß des Protektorats in keiner Form im Reich begrüßt wurden, habe ich mir erlaubt, als Amtschef Wissenschaft persönlich den Hochschulen Begrüßungstelegramme zu schicken. Der Reichsminister hat die Veröffentlichung dieser Telegramme in der Öffentlichkeit und in der Presse verboten und mir schriftlich einen Verweis erteilt, da ich mir eine Aufgabe anmaße, die mir nicht zukomme. Der Führer und Reichskanzler wünschte zum Beispiel im Falle des Herrn Professors Chaoul eine bestimmte Entscheidung. Mir wurde der Fall Chaoul erst in viertel Jahr nach meinem Amtsantritt bekannt. Ich versuchte natürlich sofort, eine dem Wunsch des Führers entsprechende Entscheidung herbeizuführen und veranlasste, daß an den Herrn Reichsminister Lammer ein Zwischenbescheid über das bisher Unternommene zur Orientierung geschickt wurde, aber die Akten samt Zwischenbericht lagen etwa von Anfang Mai bis August 1937 in der Wohnung des Herrn Reichsministers und waren für niemand zugänglich. Selbstverständlich kann dann in dieser Zeit der Fall nicht bearbeitet werden. Im August 1937 kamen die Akten unerledigt an mich zurück.

Irgendwelche

Irgendwelche Entscheidungen und Klärungen über Probleme, die zwischen Ministerien oder zwischen Staat- und Parteidienststellen einer Lösung entgegengeführt werden mußten, hat der Reichsminister auf meinem Sektor nie getroffen während meiner Tätigkeit im Hause. In keinem einzigen Fall hat er eingegriffen und durch sein Eingreifen eine Klärung herbeigeführt. In vielen Fällen jedoch hat er durch eine allzugroße Vorsicht, Ängstlichkeit oder durch allzugroßes Zögern eine Verwirrung veranlasst oder eine lösbare Sache durch Zeitablauf unlösbar gemacht. Ich bedaure, dies zu meiner eigenen Rechtfertigung feststellen zu müssen. Ich selbst litt darunter, das Opfer dieser Konstellation zu sein, denn meine Neigung stand nach anderen Dingen. Ich wollte zu Taten kommen und ich wollte ein gutes Verhältnis zur Partei gewinnen. Ich wollte nicht Gefahr laufen, in einen Kurs hineinzugeraten, der mit der NSDAP. überhaupt keine Fühlung mehr hat.

4. Ich habe versucht, in mehreren Aussprachen allmählich und soweit als möglich, den Herrn Reichsminister auf einzelne Schwierigkeiten hinzuweisen. In sehr vielen Fällen stimmte er mir zu, gab mir Recht; er hat mir bei solchen Gelegenheiten kaum widersprochen, meine Ansichten meist gebilligt, aber keinerlei Konsequenzen gezogen und war auch nach ausgesprochener Billigung nicht zum Handeln zu bewegen. Gewiß mögen gesundheitliche Schädigungen beim Herrn Reichsminister sehr starken Einfluß haben, vielleicht auch ver-

schiedene

schiedene schwere Krankheitsfälle seiner Familie ihn gehemmt haben, aber für den Erfolg der Arbeit waren diese Hemmungen eben ausschlaggebend. Ganz besonders schwierig gestaltete sich für mich natürlich die Situation, weil ich den Herrn Reichsminister natürlich auf Schwächen, die in seiner Person begründet waren, niemals hinweisen konnte und durfte. Der Herr Reichsminister mag wohl gespürt haben, daß ich notgedrungen immer mehr auf das Grundsätzliche kam und nur so kann ich es mir erklären, daß er mich zum Beispiel im Laufe des Jahres 1938 in der ersten Hälfte des Jahres nur ein einziges Mal zum Vortrag empfangen hat. Es gelang mir dann im Juli durch persönlichen Anruf in seiner Wohnung, einen Vortrag zu erreichen, doch war der Reichsminister ungehalten. Ausser diesen beiden Vorträgen fand eine Aussprache zwischen ihm und mir bis Ende Oktober des Jahres 1938 in diesem Jahre nicht mehr statt. Dabei war das Jahr 1938 voller Ereignisse, auch auf dem Gebiete der Wissenschaft.

Übernahme als Staatssekretär abgelehnt.

Am 27. Oktober 1938 habe ich dann etwas ausführlicher dem Herrn Reichsminister meine Sorge vorgetragen und ihm dargelegt, daß ich glaube, in dieser Form nicht mehr arbeiten zu können. Ich bat ihn auch um eine Lösung

meiner

meiner persönlichen Stellung, die immer noch ungeklärt war.

Bei dieser Aussprache hat der Herr Reichsminister eine Übernahme als Staatssekretär in das Reichserziehungsministerium abgelehnt, ohne sich darüber auszusprechen, wie er in der Zukunft mein persönlich dienstliches Verhältnis zum Reichserziehungsministerium zu gestalten beabsichtige.

Bezüglich der sachlichen Probleme, die ich vorgebracht hatte, stellte sich der Herr Reichsminister im wesentlichen auf meinen Standpunkt, insofern als er die Beurteilung der Gesamtsituation, die ich ihm auseinandersetzte, gut hieß. Er zog jedoch aus seiner grundsätzlichen Übereinstimmung mit meinen Ansichten keinerlei Folgerungen. Das Ergebnis dieser Besprechung zwang mich, nachdem ich mündlich zu keiner Klärung kommen konnte, den schriftlichen Weg zu beschreiten.

In dem ersten an den Herrn Reichsminister gerichteten Schreiben vom 3. November 1938 war natürlich der Kernpunkt, nämlich das unmögliche Arbeitsverhältnis zwischen Minister und Amtschef mit Rücksicht auf den Herrn Reichsminister nicht angeschnitten. Dieses Schreiben ist aber im Grunde genommen nichts anderes, als eine unter größter Rücksichtnahme auf den Herrn Reichsminister gewählte Umschreibung des gegebenen Zustandes (Anlage 8). Die Antwort des Herrn Reichsministers fiel so aus, daß ich aus ihr erkennen musste, daß er wieder der Entscheidung

Entscheidung auszuweichen beabsichtige, denn seine Antwort vom 18. November 1938 (Anlage 9) geht in ironischer Form auf den wesentlichen Inhalt meines Briefes gar nicht ein, macht sich im Gegenteil über die Schwierigkeit meiner Situation lustig. Es war mir klar, daß dieses Schreiben der Anfang einer Auseinandersetzung sein würde und daß es ein Zurück vor dieser Auseinandersetzung nun nicht mehr geben könne.

Beginn der Auseinandersetzung:

Es war mir auch klar, daß ich dem Herrn Reichsminister in präziser Form darstellen musste, daß es sich nicht nur um die Probleme handelt, die im Schreiben vom 3. November angeschnitten waren, sondern auch um das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und dem Ministerium. So ist meine Antwort vom 21. November 1938 zu verstehen (Anlage 10). Ich habe den Herrn Reichsführer SS als den Chef derjenigen Gliederung der Bewegung, der ich angehöre und den Herrn Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner, als meinen zuständigen Gauleiter und Reichsstatthalter, in dessen Landesregierung ich als Minister mich befand, von meinen Schritten unterrichtet, teilweise durch Übersendung von Durchschlägen zur Kenntnisnahme. Mindestens aber habe ich beide Dienststellen mündlich auf dem Laufenden gehalten.

Am

Am 23. November 1938 abends 11 Uhr rief mich in meiner Wohnung der mir dienstlich unterstellte Referent für Naturwissenschaften und mein jetziger Nachfolger im Amt, Professor Dr. Mentzel, an und bat mich um eine Aussprache in der Angelegenheit der an den Herrn Reichsminister gerichteten Schreiben. Auf meine Einladung erschien Herr Professor Mentzel daraufhin in meiner Wohnung und teilte mir in längeren Ausführungen ungefähr die Auffassung des Herrn Reichsministers zu den in den beiden Schreiben angeschnittenen sachlichen Fragen mit. Als Hauptgrund seines Besuches gab er an, er wolle den Versuch machen, eine gütliche Lösung durch eine Aussprache herbeizuführen. Dieser Versuch gehe auf ihn, nicht auf den Herrn Reichsminister selbst zurück. Er sei jedoch von Herrn Reichsminister heute in dessen Wohnung gebeten worden und habe sich mit dem Herrn Reichsminister längere Zeit über sämtliche Fragen unterhalten. Hierbei habe er den Herrn Reichsminister um dessen Zustimmung gebeten, mich aufzusuchen und mir den Vorschlag einer Aussprache zu machen. Der Herr Reichsminister habe dem zugestimmt. Herr Professor Mentzel fügte jedoch hinzu, daß er den Eindruck habe, der Herr Reichsminister fühle sich durch einige Darlegungen verletzt und könne daher, insbesondere wegen der ultimativen Form, nicht von sich aus die Besprechung herbeiführen. Er, Professor Mentzel, schlage vor, daß ich von mir aus daher die Besprechung herbeiführe und bat mich um meine Meinung hierzu. Ich setzte ihm

in

in längerer Aussprache meine gesamten Gründe, die zu den beiden Schreiben geführt haben auseinander und erklärte mich grundsätzlich bereit, eine Aussprache mit dem Herrn Reichsminister dadurch herbeizuführen, daß ich um eine Besprechung nachsuche.

Herr Reichsminister will mich dienstlich vernehmen lassen.

Als ich jedoch am 24. November morgens mein Dienstzimmer betrat, wurde mir das in der Anlage (Anlage 11) befindliche Schreiben des Herrn Reichsministers überreicht. Gleichzeitig wurde ich zum Staatssekretär Zschintzsch gebeten, der mir mitteilte, er habe am 23. November in seine Wohnung das in der Anlage befindliche Schreiben des Herrn Reichsministers bekommen und bäte mich, mich hierzu zu äussern (Anlage 12).

Herr Reichsminister setzt die Vernehmung aus.

Ich stellte fest, daß der Herr Reichsminister in dem Schreiben zum Ausdruck brachte, der Herr Staatssekretär sollte mich in dienstlicher Form vernehmen. Hierzu erklärte ich sofort dem Herrn Staatssekretär gegenüber,

daß

daß am Abend zuvor im Auftrag des Herrn Reichsministers Herr Professor Mentzel mich aufgesucht und mir mitgeteilt habe, daß der Herr Reichsminister damit einverstanden sei, wenn ich um einen Termin zu einer Besprechung bäte.

Beide Maßnahmen, die Anordnung einer dienstlichen Vernehmung einerseits und die Bereitschaft zu einer persönlichen Aussprache andererseits in der selben Materie ständen miteinander in Widerspruch und schlossen sich gegenseitig aus. Es sei nicht möglich, daß der Herr Reichsminister durch den Herrn Staatssekretär eine Vernehmung durchführen lasse und daß gleichzeitig mit seiner Zustimmung ein Herr des Hauses mich aufsuche, um eine Besprechung herbeizuführen. Der Herr Staatssekretär erklärte mir, er habe dem Herrn Reichsminister zum Ausdruck gebracht, daß er die Vernehmung in formaler Weise nicht durchführen möchte. Es könne sich lediglich um eine kameradschaftliche Besprechung der strittigen Fragen handeln. Ich blieb jedoch darauf bestehen, daß auch, wenn der Herr Staatssekretär die Form des Anhörens wählen würde, dies praktisch als eine Vernehmung anzusehen sei und verwies auf die schriftliche Anordnung des Herrn Reichsministers. Ich gab die Erklärung ab, daß ich meine Zusage, dem Herrn Reichsminister zu einer mündlichen Besprechung zur Verfügung zu stehen, davon abhängig machen müsse, ob der Herr Reichsminister auf der Vernehmung bestehe oder nicht. Ferner erklärte ich dem Herrn Staatssekretär, daß ich all

die

die Fragen, die zwischen dem Herrn Reichsminister und mir angeschnitten worden seien, bewusst und absichtlich bisher nicht auf dem Dienstweg behandelt hätte, sondern in persönlich an den Herrn Reichsminister gerichteten Schreiben. Ich hätte diese Fragen auch nicht in der Öffentlichkeit angeschnitten. Es handle sich nicht um eine Auseinandersetzung über dienstliche Fragen im engeren Sinne, die sozusagen zur Tagesarbeit gehörten, sondern um Auseinandersetzungen über grundsätzliche Dinge, über das Verhältnis des Amtes Wissenschaft bezw. des Reichserziehungsministeriums zur Partei oder zum Beispiel über meine Stellung als Minister in Baden zum Reichserziehungsministerium u.s.w. Ich brachte weiterhin zum Ausdruck, daß ich Zweifel hätte, ob der Herr Reichsminister in der Lage sei, mich in meiner Eigenschaft als Länderminister durch Herrn Staatssekretär Zschintzsch vernehmen zu lassen. Ich wäre der Auffassung, daß er mir den erteilten Auftrag in seinem Ministerium entziehen könne, wenn er dies für notwendig halte, daß eine Vernehmung jedoch nicht möglich sei. Wenn der Herr Reichsminister sich auf den Standpunkt stellt, daß er den Weg der schriftlichen und mündlichen Aussprache zwischen dem Parteigenossen und Unterrichtsminister in Baden und sich glaube verlassen zu sollen und die Aussprache auf das Gebiet des Dienstweges zwischen dem Reichserziehungsministerium und dem Amtschef W im Reichserziehungsministerium verlege, dann würde für mich auch der formelle Dienstweg mit sofortiger

Wirkung

Wirkung in Kraft treten. Wenn aber für mich der formelle Dienstweg in Kraft treten würde, dann müsse ich feststellen, daß ich primär immer noch Unterrichtsminister in Karlsruhe sei, der Dienstweg also von dem Herrn Reichserziehungsminister über den Herrn Reichsstatthalter und Gauleiter in Baden und den Herrn Ministerpräsidenten an das Unterrichtsministerium in Karlsruhe laufe und zwar mit sofortiger Wirkung. Eine weitere Tätigkeit als mit der Vertretung beauftragter Leiter des Amtes Wissenschaft wäre damit mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Der Herr Staatssekretär nahm hiervon Kenntnis und erklärte, er wolle den Herrn Reichsminister befragen, ob die Vernehmung durchgeführt werden solle, oder ob die persönliche Aussprache stattfinden solle.

Nach etwa einer Stunde rief der Herr Staatssekretär mich an und teilte mir mit, der Herr Reichsminister habe auf seinen Vortrag entschieden, daß "die Vernehmung ausgesetzt bleiben solle" und die persönliche Aussprache zuerst stattzufinden habe.

Die Aussprache mit dem Herrn Reichsminister Rust
am 24. November 1938.

Sie fand in der Wohnung des Herrn Reichsminister statt. Nachdem eingangs festgestellt war, daß ich in
meinen

meinen beiden Schreiben eine Beleidigung des Herrn Reichsministers nicht beabsichtigt habe und nachdem ich die Erklärung abgegeben hatte, daß ich mit meinen Darlegungen einen Angriff auf die Person des Herrn Reichsministers oder auf seine Stellung als Reichsminister nicht beabsichtigte, erklärte sich der Herr Reichsminister für befriedigt und trat in die Debatte über eine Reihe der angeschnittenen Fragen mit mir ein. Den größten Raum füllten die grundsätzlichen Dinge aus, das Verhältnis Staat und Partei und das Arbeitsverhältnis innerhalb des Ministeriums u.s.w. Der Reichsminister erklärte u.a., daß er nicht dulden könne, daß ich als Amtschef seines Ministeriums gleichzeitig einen politischen Auftrag in der Partei auf dem selben Arbeitsgebiet haben könne, weil er dadurch als Reichsminister Gefahr laufe, daß ich ihm eines Tages in meiner Eigenschaft als Beauftragter der Partei sozusagen den Befehl erteilte, eine bestimmte Maßnahme auf dem staatlichen Sektor durchzuführen. Das wäre für ihn ein undenkbarer Zustand. Ich erklärte dazu, daß für mich das gegenwärtige Verhältnis Staat und Partei unerträglich sei, also der Mangel jeder organisatorischen oder organischen Verbindung, insbesondere solange, als der Herr Reichsminister selbst in keiner Weise auf seinem im Staat ihm zugeteilten Sektor den gleichzeitigen Parteauftrag habe oder in seiner Person die Verbindung zur Partei laufend gewährleistet sei. Ich setzte ihm auseinander, daß das Fehlen

dieses

dieses Parteauftrags eine erhöhte Arbeit des Reichsministers meiner Meinung erforderlich mache, insbesondere bei der Lösung grundsätzlicher Probleme. Da wir uns im Kultursektor fast gänzlich auf einer weltanschaulichen Basis bewegen, wäre eine Arbeit ohne die engste Verbindung zu Parteidienststellen unmöglich oder mindestens erfolglos. Meiner Meinung nach müsste der Herr Reichsminister selbst sich doppelt und dreifach einsetzen, um die organisatorisch nicht vorhandene Beziehung zur Partei durch seinen persönlichen Einsatz herzustellen. Sei es nun durch die geeignete Aufnahme der Fühlung zum Führer selbst in den entscheidenden Fragen oder zu Herrn Reichsminister Heß als dem zuständigen Parteiminister. Ich machte bei dieser Gelegenheit wie schon oft den Versuch, den Reichsminister dazu zu bewegen, eine engere Fühlungnahme zu der näheren Umgebung des Führers und Reichskanzlers aufzunehmen. Aber ich musste auch hier wieder erkennen, daß Herr Staatssekretär Zschintzsch recht hatte, wenn er schon bei meinem Eintritt ins Haus mir vertraulich erklärte, wenn ich etwa glauben würde, daß der Herr Reichsminister zum Vortrag zum Führer zu bringen sei, dann würde ich mich täuschen. Der Grund, warum es nicht gelang, den Herrn Reichsminister zu einer größeren Aktivität zu bringen, ist mir bis jetzt unbekannt geblieben. Zu einem großen Teil dürfte jedoch die kontemplative Natur des Herrn Reichsministers und vielleicht auch ein gewisses Gefühl der Unsicherheit mit

schuld

schuld gewesen sein. Über die Frage einer engeren Zusammenarbeit mit Herrn Reichsminister Heß schwieg sich der Reichsminister aus. Ich kam also immer wieder auf das selbe Problem, gleichgültig welchen Weg ich beschreiten wollte und gleichgültig wie ich ihn beschritt und dieses Problem lag in der Person des Herrn Reichsministers selbst, in seinem Verhältnis zu den Dingen und zu den Persönlichkeiten.

Als Ergebnis der Besprechung kann folgendes festgestellt werden:

Der Reichsminister erklärte sich im Laufe der Besprechung bereit, sich wenigstens soweit selbst einzusetzen, als er in den Fällen, wo zwischen Parteidienststellen und dem Ministerium Schwierigkeiten bestanden, wie zum Beispiel zwischen NSD-Dozentenbund und Amt Wissenschaft eine Klärung und Bereinigung mit herbeizuführen und sich selbst für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Amt Wissenschaft und dem Stab des Stellvertreters des Führers zu verwenden. Er wollte zu diesem Zweck, sowohl mit Herrn Reichsleiter Bormann wie mit Herrn Reichsführer SS Himmler eine Besprechung herbeiführen. Gewiß hätte man ein solches Ziel auch mit einfacheren Mitteln und Methoden erreichen müssen.

Schließlich habe ich dann noch die Frage angeschnitten, was mit mir selbst denn werden sollte, denn auf die Dauer war das Amt in Berlin und das in Baden zusammen

für

für mich eine außergewöhnlich große Belastung, zumal dazu noch andere, in Berlin neu an mich herangetragene Aufgaben hinzukamen (Vizepräsident des Reichsforschungsrats, Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft). Ich setzte dem Reichsminister auseinander, daß ich auf die Dauer diese Form der Tätigkeit: drei Wochen aufreibenden Dienstes in Berlin und eine Woche Dienst in Karlsruhe pro Monat gesundheitlich glaubte nicht durchhalten zu können. Der Herr Reichsminister nahm jedoch hiervon keine entscheidende Notiz wohl in der Erwartung, daß ich mich durch die starke Belastung bewegen ließe, mein Amt in Baden aufzugeben. Das kam natürlich bei den Verhältnissen, die ich in Berlin angetroffen hatte und bei der Haltung des Herrn Reichsministers selbst nicht mehr in Frage; es sei denn, daß eine klare Lösung der Übernahme erfolgen würde, die dem Aufgabenbereich und der Wichtigkeit der Tätigkeit entsprach und diesbezüglich erweiterte Vollmachten gab.

Der Herr Reichsminister hat bei dieser Besprechung eine augenblickliche Übernahme auf einer anderen Stelle als die eines Ministerialdirektors abgelehnt, jedoch nicht in entschiedener und endgültiger Form, sondern er wollte die Frage der Übernahme für eine spätere Zeit noch offen lassen. Da der Herr Reichsminister sich jedoch bereit erklärt hatte, auf alle Fälle einmal zunächst das mir als besonders dringend erscheinende Problem des Verhältnisses zur Partei entscheidend

scheidend in Angriff zu nehmen, erklärte ich mich bereit, den erbetenen Ausscheidungstermin vom 1. Januar 1939 vorläufig bis auf weiteres hinauszuschieben.

Inzwischen entwickelte sich für mich selbst eine weitere Schwierigkeit. Mit Ablauf des Monats Januar 1939 musste mein bisheriger einziger Stellvertreter im Ministerium in Karlsruhe, Ministerialdirektor Frank, infolge Alters in den Ruhestand treten. Eine Verlängerung der Amtszeit Franks kam nach übereinstimmender Auffassung des Gauleiters und Reichsstatthalters, des Ministerpräsidenten und mir nicht in Frage. Aussprachen beim Reichsstatthalter und beim Ministerpräsidenten hatten ergeben, daß beide der Auffassung waren, daß aus dem Unterrichtsministerium selbst niemand für die Nachfolge Franks in Frage käme. Die beiden einzigen Persönlichkeiten, die wohl erwarteten, in engere Wahl gestellt zu sein, waren die Ministerialräte Gärtner und Kraft. Die Stellungnahme des Reichsstatthalters und des Ministerpräsidenten in dieser Frage hatten zur Folge, daß ich eine außerhalb des Ministeriums tätige Persönlichkeit als Nachfolger meines Stellvertreters suchen musste. Der Reichsstatthalter hatte mich ausdrücklich ermächtigt und beauftragt, die Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit zu unternehmen, wobei er zunächst an Ministerialrat Dr. Kurt Bader, Berlin, Reichsministerium des Innern dachte. Dies hat sich jedoch nicht ermöglichen lassen. Mit Zustimmung des Reichsstatthalters habe

ich

ich dann mit SA-Obergruppenführer Hanns Ludin, Stuttgart, verhandelt. Aber auch dieser Weg erwies sich als ungangbar nachdem Ludin zuerst zugesagt hatte. Erst in letzter Minute, nämlich wenige Tage vor dem Ausscheiden Franks, sagte Ludin ab, nachdem die diesbezüglichen Anträge alle schon mit Zustimmung des Gauleiters und Reichsstatthalters im Lauf waren. Ich stand also Ende Januar vor der Situation, daß ab 1. Februar ein Vertreter in Karlsruhe überhaupt fehlte, daß aus dem Ministerium in Karlsruhe niemand genommen werden konnte und daß die Verhandlungen mit auswärtigen Persönlichkeiten sich zerschlagen hatten. Ich habe versucht zu erreichen, daß Ministerialrat Müller-Trefzer von der Badischen Staatskanzlei übergangsweise bis zur Gewinnung einer Dauerlösung die Geschäfte führen sollte. Der Gauleiter und Reichsstatthalter, der anfänglich damit einverstanden war, hat sich dann dagegen ausgesprochen. Damit war ich gezwungen, am 31. Januar nach Karlsruhe zu fahren und dort einfach meinen Dienst zu übernehmen. Ich habe dann ohne weitere Verhandlungen den Ministerialrat Gärtner als den dienstältesten Ministerialrat mit der vertretungsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministerialdirektors beauftragt und hierzu nachträglich auch die Zustimmung des Gauleiters und des Ministerpräsidenten erhalten.

Die langwierigen und umfangreichen Verhandlungen in dieser Sache machten meine Anwesenheit während des ganzen

Monats

Monats Februar in Karlsruhe erforderlich. Die praktische Unmöglichkeit, meinen Dienst in Berlin auszuüben und der Zwang zu den schwierigen Verhandlungen in Karlsruhe haben mich gesundheitlich erheblich beansprucht, insbesondere als ich erfuhr, daß der Herr Reichsminister inzwischen, gemachte Zusagen während meiner Abwesenheit glaubte nicht erfüllen zu brauchen. Diese Zusagen waren noch im Laufe der Monate Dezember und Januar gemacht worden. Die auch hier wieder sichtbare Passivität des Reichsministers hat mich umso mehr erschüttert, als der Reichsminister von mir ausführlich ins Bild gesetzt war über die Schwierigkeiten in Karlsruhe und ich seine ausdrückliche Zustimmung eingeholt hatte zu dem dienstlichen Aufenthalt in Karlsruhe. Er hatte mich Ende Januar aus einer Besprechung verabschiedet mit der Erklärung ich würde nach seiner Rücksprache mit Reichsminister Lamers auf den 30. Januar zum Staatssekretär ernannt werden. Noch nach der Reichstagssitzung vom 30. Januar telefonierte er mit mir und hatte mir mitgeteilt, daß die Sache laufe, ich könne in aller Ruhe die Dinge in Karlsruhe in Ordnung bringen. Diese Zusagen sind wie folgt zustande gekommen:

Der Herr Reichsminister will mir die Befugnis,
in seiner Vertretung zu zeichnen, erteilen und ist mit
einer Übernahme als Zweiter Staatssekretär einverstanden.

Keine

Keine der Zusagen wird jedoch erfüllt.

Zwischen dem 16. Dezember 1938 und dem 4. April 1939 hatten zahlreiche persönliche Besprechungen und Fühlungnahmen zwischen dem Herrn Reichsminister und mir stattgefunden, die in Verfolg einer Aussprache beim Herrn Reichsführer SS sich ergaben. Ich habe mit einem an den Herrn Reichsminister gerichteten Schreiben vom 5. April 1939 diese ganze Entwicklung nocheinmal kurz zusammengefasst (Anlage 13). Ich verweise insbesondere bezüglich der weiteren Entwicklung auf die auf Seite 7 ff. gegebene Darstellung über das Eingreifen des Herrn Gauleiters und Reichsstatthalters Robert Wagner.

Das Verhältnis zu Herrn Staatssekretär Zschintzsch.

Bei dem bereits erwähnten Besuch des Herrn Reichsministers und mir beim Herrn Reichsführer SS am 16. September 1938 hat im Laufe der Besprechung der Herr Reichsminister erklärt, daß er eine stärkere Herausstellung meiner Person und damit des Amtschefs Wissenschaft bzw. eine Ernennung zum Staatssekretär deswegen nicht habe ins Auge fassen können, weil als Haupthinderungsgrund hierfür die Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch im Wege stehe. Herr Staatssekretär Zschintzsch habe bereits aus Anlaß meines Eintritts in das Ministerium einen Standpunkt eingenommen, den er

auch

auch jetzt noch immer einnehme, nämlich den: Er weigere sich, neben mir zu arbeiten und würde im Falle einer Vertretungszeichnungsbefugniserteilung an mich sein Amt niederlegen. In der Besprechung beim Herrn Reichsführer SS hat dieser eine solche Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch nicht gebilligt und dieser Auffassung auch dem Herrn Reichsminister gegenüber in meiner Anwesenheit in klarer Form Ausdruck verliehen. Ich hatte bis dahin keinen Grund, anzunehmen, daß Herr Staatssekretär Zschintzsch in irgendeiner Weise den Herrn Reichsminister bei seinen bisher in dieser Sache ergangenen vielfältigen Entscheidungen beeinflusst hatte. Ich mußte nun aber doch wohl den Schluß ziehen, daß Herr Staatssekretär Zschintzsch im engeren Sinne der Berater des Herrn Reichsministers bei seiner Stellungnahme zu meinen Darlegungen und Forderungen war. Am 4. April 1939 hatte ich eine Besprechung bei Herrn Staatssekretär Zschintzsch, um mich dort nach der Stellung eines Unterstaatssekretärs zu erkundigen, da mir diese noch immer unbekannt war. Ich erwähnte hierbei, daß der Herr Reichsminister mir gegenüber am Tage zuvor darauf hingewiesen habe, ich solle mich einmal "nach den Einzelheiten erkundigen" und erwähnte auch, daß der Herr Reichsminister mir gegenüber die Zusage gemacht habe, mich zum Unterstaatssekretär zu ernennen. Herr Staatssekretär Zschintzsch teilte mir mit, daß das letztere stimme, daß der Herr Reichsminister tatsächlich

ihn

ihn und Herrn Rechtsanwalt Glauning am Abend zuvor zu sich gebeten habe und daß Herr Staatssekretär Zschintzsch den Auftrag erhalten habe, die Errichtung einer echten Unterstaatssekretärstelle im Haushalt zu beantragen und gleichzeitig mich zur Besetzung dieser Stelle in Vorschlag zu bringen. Der Herr Staatssekretär habe die diesbezüglichen Vorträge dem Herrn Reichsminister im Laufe des Tages (4. April) unterbreiten lassen und die Vorträge gingen im Laufe des 5. April bereits aus dem Haus. Ich war über die unerwartete und plötzliche Schnelligkeit geradezu überrascht. Immerhin erklärte mir Herr Staatssekretär Zschintzsch, der Herr Reichsminister, der sich auf Urlaub begeben habe, habe ihn beauftragt, mir Mitteilung davon zu machen, daß ich zur Besetzung einer echten Unterstaatssekretärstelle in Vorschlag gebracht worden sei. Der Herr Reichsminister habe die Errichtung einer Stelle beantragt, die haushaltsmässig der eines Oberpräsidenten entspräche. Ich erklärte mich, nachdem mir diese seitens des Herrn Reichsministers beabsichtigte Regelung bekanntgegeben war, mit der Lösung soweit es meine Person betrifft, einverstanden, unter der Voraussetzung, daß über die Frage der Erteilung der Zeichnungsbefugnis in Vertretung im Sinne der Zusage des Herrn Reichsministers eine Entscheidung herbeigeführt wird. Ich erklärte Herrn Staatssekretär Zschintzsch gegenüber ausdrücklich, daß es mir auf die Vertretungszeichnungsbefugnis an-
komme

komme und daß ich die Verleihung eines Titels bzw. einer
Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär auf der Stelle eines Mini-
sterialdirektors nicht annehmen könne, da dies an der wirk-
lichen arbeitsmässigen Situation ja nichts ändere. Herr
Staatssekretär Zschintzsch erklärte mir hierzu, daß ich mir
bezüglich seiner Mitwirkung bei den Entschlüssen des Herrn
Reichsministers offenbar eine falsche Vorstellung mache.
Der Herr Reichsminister habe ihn, den Herrn Staatssekretär
Zschintzsch, zur Beratung in dieser ganzen Angelegenheit
kaum herangezogen. Er sei vielmehr, soweit seine Unterrich-
tung gehe, hauptsächlich beraten durch Herrn Rechtsanwalt
Glauning. Herr Rechtsanwalt Glauning habe auch die diesbe-
züglichen Entwürfe ausgearbeitet. Auch am Tage zuvor sei
Herr Rechtsanwalt Glauning beauftragt worden, ein Schreiben
des Herrn Reichsministers an den Führer und Reichskanzler zu
entwerfen, in dem die Entscheidung des Führers und Reichs-
kanzlers erbeten werde darüber, ob Abteilungsleitern die Ver-
tretungszeichnungsbefugnis erhalten können. Der Herr Reichs-
minister habe ausdrücklich ihm, dem Herrn Staatssekretär
Zschintzsch, diesen Auftrag nicht gegeben. Seines Wissens
habe Herr Rechtsanwalt Glauning ein diesbezügliches Schrei-
ben auch schon entworfen und das Schreiben habe heute schon
das Haus verlassen. Ich erklärte Herrn Staatssekretär
Zschintzsch, daß Ableitungsleiter innerhalb des Reichser-
ziehungsministeriums praktisch die Herren Ministerialdirigen-

ten

ten seien, denn schon für die Ämter sei eben der Begriff Amt und nicht Abteilung gewählt. Vermutlich werde eine Antwort auf eine solche Anfrage immer lauten müssen, daß die Vertretungszeichnungsbefugnis an "Abteilungsleiter" nicht zu erteilen ist, weil unter einem Abteilungsleiter doch wohl kaum ein Unterstaatssekretär verstanden werden dürfte. Ich müsste also darauf bestehen bleiben, daß die Entscheidung darüber herbeigeführt wird, ob Unterstaatssekretären die Vertretungszeichnungsbefugnis erteilt werden könne.

Es ist mir aufgefallen, bei der Unterhaltung mit dem Herrn Staatssekretär Zschintzsch, daß er durch seine Mitteilungen über den Grad der Beteiligung an diesen Dingen offenbar vom Gang und von der Entwicklung dieser Angelegenheit abzurücken wünschte und seine Gesamthaltung ließ in mir die Zweifel aufsteigen, ob Herr Staatssekretär Zschintzsch tatsächlich gegenüber dem Herrn Reichsminister die Wendung gebraucht habe, daß er sein Amt niederlegen würde, falls ich Staatssekretär werden sollte u.s.w. Diese Überlegungen veranlassten mich, den Herrn Staatssekretär Zschintzsch nach dieser seiner früheren Äusserung zu fragen, wobei ich ihm den Wortlaut der Äusserung des Herrn Reichsministers aus der Besprechung mit dem Herrn Reichsführer SS vom 16. September wiederholte. Herr Staatssekretär Zschintzsch war von dieser Mitteilung sichtlich betroffen und bestritt auf das Entschiedenste, diese Äusserung getan zu haben. Er

führte

führte auch näher aus, warum es gar nicht möglich sein könne, daß er eine solche Wendung gebraucht haben soll. Er habe vor dem 16. September 1938, also vor dem Besuch des Herrn Reichsministers und des Amtschefs W beim Herrn Reichsführer SS mit dem Herrn Reichsminister über diese Sache kaum gesprochen. Er habe einmal grundsätzlich aus Anlaß meines Eintritts in das Ministerium seine Stellungnahme abgegeben. Es sei richtig, daß er den Herrn Reichsminister darauf aufmerksam gemacht habe, daß nach der bestehenden Geschäftsordnung für die Reichsministerien die Erteilung der Vertretungszeichnungsbefugnis an Abteilungsleiter nicht möglich sei und daß er sie auch nicht für richtig halte, daß aber in der Geschäftsordnung ausdrücklich von einem geschäftsführenden Staatssekretär gesprochen werde. Also sei auch dort die Möglichkeit vorgesehen, daß sich mehrere Staatssekretäre in einem Reichsministerium befänden. Er habe selbst dem Herrn Reichsminister dann im Verlauf der Aussprache vorgeschlagen, wenn er schon hier eine Lösung suche, so halte er, Staatssekretär Zschintzsch, die Ernennung zum Staatssekretär Nr. 2 formell für die richtigere Lösung, wobei er ausdrücklich sich vorbehielt als der dienstältere Staatssekretär geschäftsführenden Staatssekretär zu sein. Der Herr Reichsminister habe ihm einen Schriftsatz gezeigt, der offenbar von Herrn Rechtsanwalt Glauning stammte, wonach der Herr Reichsminister sich offenbar an die Reichsregierung wenden und dort eine Entscheidung

dung

dung darüber herbeiführen wollte, ob er als Reichsminister die Vertretungszeichnungsbefugnis erteilen könne. Hiervon habe er ihm abgeraten und auf die Lösung mit einem Staatssekretär Nr. 2 hingewiesen. Ich habe daraufhin Herrn Staatssekretär Zschintzsch gefragt, ob ich dem Reichsführer SS Mitteilung machen könne, darüber, daß er bestreite, die erwähnte Äusserung getan zu haben. Herr Staatssekretär Zschintzsch war damit nicht nur einverstanden, sondern drückte sich dahingehend aus, daß er mir dankbar wäre, wenn ich dies täte, weil er sonst vor dem Herrn Reichsführer SS in eine schiefe Situation käme. Ich habe daraufhin mit Schreiben vom 6. April 1939 dem Herrn Reichsführer SS persönlich hiervon Mitteilung gemacht.

Das dienstliche Verhältnis und das persönliche Verhältnis zu Herrn Staatssekretär Zschintzsch war in der Zeit von Anfang 1937 bis gegen Mitte 1938 im allgemeinen gut zu nennen. Dies lag aber wohl hauptsächlich daran, daß ich keinerlei Anlaß gegeben habe, daß es hätte schlechter sein können. Irgendein Entgegenkommen habe ich allerdings seitens des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch nicht feststellen können. Es sei denn in einem einzigen Fall, wo es sich um Personalien von Herren handelte, für die ich mich bei Herrn Staatssekretär Zschintzsch verwendet habe, also nicht um eine Sache, die sich auf meine Person bezog oder auf meine dienstliche Stellung im Hause. Herr Staatssekretär

tär

tär Zschintzsch war sichtlich sehr darauf bedacht, meine Stellung im Hause, insbesondere die beim Herrn Reichsminister nicht allzu stark werden zu lassen. Dabei hat er auch un-schöne Seiten gezeigt. Eine Begebenheit muß ich ihrer Eigen-art wegen festhalten:

In den ersten Tagen des Jahres 1939 hatte der Reichskommissar und Gauleiter Bürckel-Wien öfters Bespre-chungen an seinem Dienstsitz mit mir gewünscht über Fragen, die die Hochschulen der Ostmark betrafen, insbesondere über die Frage der Wiederbesetzung der durch Entfernung von Nicht-ariern und politisch Unzuverlässigen freigewordenen Lehr-stühle. Zu der Besprechung sollten auch noch andere Dienst-stellen, insbesondere aus der Ostmark zugezogen werden. Gleichzeitig handelte es sich um Haushaltsfragen und das Problem der Übernahme der Hochschulen der Ostmark auf den Reichshaushalt. Diese Umstände waren gewiß dienstlich wich-tig genug, um eine Besprechung über sie herbeizuführen. Infolge meiner starken Beanspruchung, sei es nun in Karls-ruhe oder in Berlin, wo jeweils nach Abwesenheit eine Menge zurückgelegter Dinge auf mich warteten, mußte ich einige Male um Verschiebung der Besprechungen bitten. Schließlich aber hatte ich auf den 28. März 1939 zugesagt. Als ich die Dienstreise ordnungsgemäß auf dem Dienstwege dem Herrn Staatssekretär Zschintzsch anmeldete, ließ dieser meinen Begleiter, den Haushaltsreferenten, nicht mitfahren mit der

Begründung,

Begründung, es sei kein Geld mehr in der Kasse. Auf meine telefonische Rückfrage erklärte er mir dies ausdrücklich. Ich bin heute noch der festen Überzeugung, daß diese Entscheidung nichts anderes war als eine Schikane, denn jeder Beamte und in Haushaltssachen eingeweihte Behördenangestellte weiß, daß eine dringende Dienstreise wie diese auf alle Fälle stattfinden kann und daß alles übrige nur eine Verrechnungsfrage ist. Ich machte Herrn Staatssekretär Zschintzsch darauf aufmerksam, daß dies doch nur eine Verrechnungsfrage sei, aber Herr Staatssekretär Zschintzsch erklärte, es sei der 28. März und kein Pfennig Geld mehr in der Kasse des Reichserziehungministeriums. Der Fonds sei restlos aufgebraucht. Da mir dies geradezu lächerlich erschien, erklärte ich dem Herrn Staatssekretär, daß es wohl in der ganzen Welt üblich sei, in einem solchen Falle mit dem Finanzminister Fühlung zu nehmen und aus einem anderen Titel oder Kapitel, in dem die zur Verfügung gestellten Geldmittel nicht ganz aufgebraucht sind, entsprechende Deckung anzubieten. Der Herr Staatssekretär erklärte, das sei ihm unbekannt und außerdem könne man das nicht machen. Mir persönlich ist nun aber bekannt, daß dies allgemeine Verwaltungspraxis ist, obgleich ich nicht Verwaltungsfachmann bin. Ich musste daraufhin dem Herrn Staatssekretär erklären, daß ich dann leider die von ihm genehmigte Dienstreise auch nicht antreten könne. Nur müsste ich

dies dem Gauleiter Bürckel mitteilen, da dorthin bereits eine Zusage gemacht sei. Herr Staatssekretär prüfte meinen Antrag daraufhin nach und erklärte nach einigen Minuten tatsächlich, daß er auch mir nicht erlauben könne zu reisen, wenn ich nicht auf eigene Kosten fahren wolle. Ich erklärte ihm - im Übrigen in Anwesenheit der Zeugen Ministerialrat Breuer und Professor Dr. Groh - daß mir daraufhin nichts anderes übrig bleiben würde, als dem Reichskommissar und Gauleiter Bürckel in Wien nunmehr mitzuteilen, daß ich an der von ihm festgelegten Sitzung nicht teilnehmen könne, da Herr Staatssekretär Zschintzsch mir diese Dienstreise nicht genehmigt habe mit der Begründung, es sei kein Geld dafür vorhanden. Der Schluß dieses Gesprächs wurde sehr heftig geführt. Wie mir Herr Reichsminister Rust am 4. April andeutete, hat sich Herr Staatssekretär bei ihm über mich beschwert. Auffallend ist immerhin, daß etwa eine halbe Stunde nach diesem Fall der persönliche Referent des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch, Regierungsrat Busse auf meinem Dienstzimmer erschien und mir die schriftliche Genehmigung der Dienstreise durch den Herrn Staatssekretär überbrachte mit der Mitteilung, daß Geld vorhanden sei. Der Preuß. Finanzminister habe auf Rückfrage den erforderlichen Betrag zur Verfügung gestellt.

Ich habe es für nötig gehalten, diesen Vorfall ausführlich zu schildern, weil er als Beispiel dient

einmal

einmal dafür, mit was für Kleinkram sich der Staatssekretär zu befassen Zeit und Lust hatte und zweitens, mit welchen Mitteln man um die selbstverständlichsten Dinge kämpfen musste, die erforderlich waren, um überhaupt einen ordnungsmässigen Betrieb führen zu können und drittens, um die Art der Behandlung aufzuzeigen, der man ausgesetzt war.

Der Reichsminister zieht den eingereichten Ernennungsvorschlag zum Unterstaatssekretär wieder zurück.

Mit Schreiben vom 6. April 1939 habe ich dem Herrn Reichsstatthalter und Gauleiter Robert Wagner von der Aussprache bei Herrn Reichsminister Rust vom 4. April 1939 Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß der Herr Reichsminister damit einverstanden ist, wenn ich am 1. Mai mein Amt als Unterrichtsminister in Karlsruhe wieder voll ausübe für den Fall, daß bis dahin die beabsichtigte Ernennung in der vorgesehenen Form nicht durchgeführt sein sollte und daß ich in Karlsruhe entsprechend der Absprache mit Herrn Gauleiter und Reichsstatthalter die weitere Entwicklung abwarten werde. Der Herr Reichsminister habe jedoch die Schaffung einer Unterstaatssekretärstelle beantragt und gleichzeitig einen Ernennungsvorschlag vorgelegt. Ich begab mich einige Tage darauf in Urlaub.

Am

Am 15. April rief mich Herr Staatssekretär Zschintzsch während meines Urlaubs in Badenweiler an und teilte mir mit, der Herr Reichsminister, der sich ebenfalls auf Urlaub befände, habe ihn beauftragt, den bereits im Lauf befindlichen Ernennungsvorschlag zum echten Unterstaatssekretär wieder zurückzuziehen. Gründe seien ihm nicht bekannt. Er teile mir dies deswegen mit, weil dadurch voraussichtlich die beabsichtigte Ernennung zum 20. April nicht Wirklichkeit werden würde. Inzwischen hätten Verhandlungen stattgefunden über die Schaffung von Unterstaatssekretärstellen, da auch in anderen Reichsministerien einzelne Fälle ähnlicher Art vorlägen. Es sei nunmehr allgemein beabsichtigt, den zu ernennenden Unterstaatssekretären allgemein Ministerialdirektorenstellen zugrunde zu legen, die mit einer jährlichen Gehaltszulage von 4 000 RM ausgestattet seien und mit denen der Titel bzw. die Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär verbunden sei. Ich erklärte hierzu Herrn Staatssekretär Zschintzsch sofort mündlich, daß ich nach den zwischen Herrn Reichsminister Rust und mir in meiner Sache stattgehabten Besprechungen eine Ernennung auf eine solche Stelle nicht erstrebe bei gleichzeitigem Verzicht auf meine Tätigkeit als Staatsminister in Baden, zumal die Frage der Vertretungszeichnungsbefugnis schon durch die Art dieser Stellen wohl im negativen Sinne entschieden werde.

Den

Den Inhalt des Telefongesprächs bestätigte ich telegraphisch und mit Schreiben vom 15. April 1939 an Herrn Staatssekretär Zschintzsch (Anlage 14).

Es ist selbstverständlich, daß in meinem Falle die Person des Herrn Reichsministers, der mein Chef sein soll, für meine Entscheidung von ausschlaggebender Bedeutung war, nicht die Stelle als solche, auf die eine Ernennung evtl. hätte erfolgen sollen oder können. Meine Stärke im Reichserziehungsministerium bestand bisher darin, daß ich gleichzeitig Minister in Baden war. Nur deswegen war es mir möglich, überhaupt rein arbeitsmässig, die Erfolge zu erzielen, die während meiner Tätigkeit immerhin erreicht werden konnten, trotz aller Schwierigkeiten. Bei einem Einbau in das Reichserziehungsministerium ohne starke Vollmachten und ohne die Möglichkeit, in Vertretung des Herrn Reichsministers abschließend zu zeichnen, wäre jeder weitere arbeitsmässige Erfolg in Frage gestanden, da ich dann immer an die passive Natur des Herrn Reichsministers gebunden gewesen wäre. Daran hätte auch eine Zulage von 4 000 RM und eine andere Amtsbezeichnung nichts geändert.

Von dem Augenblick an, wo die Erteilung der Vertretungszeichnungsbefugnis in Frage stand, wäre ein Einbau in das Reichserziehungsministerium gleichbedeutend mit dem politischen Abtreten gewesen. Es war mir meiner Natur und meiner

meiner Veranlagung nach unmöglich, mich in eine Dauerresignation zu begeben, wie sie typisch ist für viele Beamte des Reichserziehungsministeriums. Ich hätte das gesundheitlich nicht ausgehalten. Es blieb mir daher gar keine andere Wahl, als mir selbst treu zu bleiben.

Eines war mir nach dem telefonischen Anruf des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch restlos klar geworden: Der Reichsminister will im Grunde genommen eine stärkere Bevollmächtigung meiner Person nicht; was eine Reihe von Mitarbeitern mir selbst seit Wochen angedeutet hatten, daß der Herr Reichsminister wohl meinen Wünschen nicht entsprechen würde, und zwar deswegen, weil er ihnen nicht entsprechen wolle, war klar.

Es handelte sich für mich nicht darum, die Beförderung zum "Unterstaatssekretär" abzulehnen, weil ich grundsätzlich diese Stelle nicht einnehmen wollte, sondern es handelte sich darum, ob ich die tatsächliche Vollmacht bekam, die zur Arbeit nötig war. Das Fehlen dieser Vollmacht war durch Zulagen oder Amtsbezeichnungen nicht zu ersetzen. Das Angebot von Zulagen und Amtsbezeichnungen ohne Vollmacht war gleichbedeutend mit der Ablehnung meiner Person.

Ich habe im Grunde genommen nie etwas anderes von Herrn Reichsminister Rust gefordert, was nicht schon im anfangs zitierten Schreiben des Herrn Reichsministers

H e ß umschrieben war und was er Herrn Reichsführer SS Himmler zugesagt hatte, oder was er mir selbst zugesagt hatte. Wenn der Herr Reichsminister diese Zusagen macht, und sie dann nicht erfüllt, muß ich daraus den Schluß ziehen, daß ich in seinem Hause nicht am Platze bin.

Wenn der Herr Reichsminister Rust bezüglich meiner Person so vorsichtig glaubt sein zu sollen, daß er eher dazu neigt, die Vollmachten einzuschränken, als sie zu erweitern oder eigene Initiative mir abzugewöhnen, dann ist hier keine Arbeitsmöglichkeit für mich gegeben.

Der Herr Reichsminister wollte mich zuerst als Staatssekretär in seinem Hause haben, dann will er mich zum Ministerialdirektor machen, ich soll einen "Sonderauftrag" bekommen, aber eine direkte Unterstellung wird abgelehnt, schließlich werde ich vertretungsweise beauftragt. Dann wird eine Ernennung zum Staatssekretär für die Zukunft abgelehnt, dann wird die Erteilung der Vertretungszeichnungsbefugnis (also praktisch die direkte Unterstellung) zugesagt, dann wird dieses widerrufen, dann wird die Ernennung zum Staatssekretär in Aussicht gestellt und die Zeichnungsbefugnis wieder zugesagt, dann geht man von einer Ernennung zum Staatssekretär wieder ab und stellt damit die Zeichnungsbefugnis in Frage, dann wird man eingereicht auf eine echte Unterstaatssekretärstelle, dann wird dieses wieder zurückgezogen. Bei einer solchen Entwicklung ist es dann wohl

dem

dem Objekt dieser Entscheidungen gestattet zu erklären, daß angesichts einer solchen Führung die Verleihung einer Amtsbezeichnung und eine Gehaltszulage ohne damit verbundene echte politische Vollmachten nicht als hinreichend angesehen werden können, um die heranstehenden Aufgaben zu lösen.

Das Ausscheiden aus dem Ministerium.

Ich war mir noch im Zweifel darüber, inwieweit der Herr Reichsminister eine wirklich gefallene Äusserung des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch wiedergegeben hatte. Hier konnte beim Herrn Reichsminister eine Hemmung vorliegen, die nicht aus eigenen Gedanken kam, sondern die aus der Vorstellung seiner Berater bei ihm entstanden sein könnte. Eine Rückfrage beim Herrn Reichsminister, daß Herr Staatssekretär Zschintzsch bestreite, die bekannte Bemerkung bezüglich des Niederlegens seines Amtes im Falle einer stärkeren Herausstellung meiner Person getan zu haben, musste hier Klarheit schaffen. Es war fernerhin nun der Tatbestand gegeben, daß ein Ernennungsvorschlag bezüglich meiner Person nicht mehr vorlag, nachdem der Herr Reichsminister ihn zurückgezogen hatte und daß damit praktisch entsprechend den Abmachungen mit dem Herrn Reichsminister vom 4. April 1939 ab 1. Mai meine Rückkehr nach Karlsruhe in Kraft treten mußte,
bis

bis über die Fortsetzung meiner Tätigkeit im Reichserzie-
hungsministerium eine endgültige Entscheidung des Herrn
Reichsministers gefallen war. Der Herr Reichsminister hatte
dieser Lösung am 4. April zugestimmt. Gauleiter und Reichs-
statthalter Robert Wagner war von der Zustimmung des Herrn
Reichsministers unterrichtet. Ich konnte von mir aus die
Mitteilung an den Herrn Gauleiter nicht rückgängig machen.
Das hätte nur der Herr Reichsminister vermocht. Ich musste
den Herrn Reichsminister daher auf die Sachlage hinweisen
(Anlage 15, Schreiben vom 15. April 1939). Nun musste die
Klarheit eintreten. Wenn Herr Staatssekretär Zschintzsch die
erwähnte Bemerkung, die er mir gegenüber bestritt, tatsäch-
lich gemacht hätte, dann musste sich das ja jetzt aufklären.
Im übrigen habe ich den Herrn Reichsminister daran erinnert,
daß gemäß der Besprechung vom 4. April von meiner Seite dem
Herrn Reichsstatthalter und Gauleiter in Baden die Mitteilung
zugegangen war, wonach ich mit dem 1. Mai meinen Dienst dort
wieder voll aufnehmen werde. Der Herr Reichsminister konnte
also, falls er es für notwendig hielt, den Herrn Reichs-
statthalter bitten, den Termin zur vollen Ausübung meines
Amtes in Baden hinauszuschieben. Am 24. April 1939 habe
ich ordnungsgemäß ein Urlaubsgesuch eingereicht, worin ich
bat, am 1. Mai 1939 mich bis auf weiteres zur Ausübung mei-
ner Tätigkeit als Staatsminister in Baden zu beurlauben.

Über

Über die voraussichtliche Dauer meines Aufenthaltes könnte ich Angaben noch nicht machen. Dies blieb ohne Antwort.

Am 25. April bat ich den Herrn Professor Dr. Groh, meinen Stellvertreter im Amt, beim Herrn Reichsminister einen Termin zu einer Unterredung zu erbitten, wenn möglich noch vor dem 1. Mai oder anfangs des Monats.

Als ich zur Reichstagssitzung vom 28. April nach Berlin kam, empfing mich Herr Professor Dr. Groh am Bahnhof und teilte mit, der Herr Reichsminister habe ihm eröffnet, er würde nach der Reichstagssitzung auf Urlaub fahren und sei erst in zwei Monaten für mich wieder zu sprechen.

Gleichzeitig überreichte mir mein persönlicher Referent, Herr Oberregierungsrat Dr. Grüninger, mein zwei Sätze enthaltendes Entlassungsschreiben, das mir bereits nach Karlsruhe zugeschickt worden war (Anlage 16). Wenige Tage später ging eine Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch bei mir ein, die im Grunde genommen bestätigt, daß der Herr Reichsminister eine Äusserung des Herrn Staatssekretärs Zschintzsch offenbar falsch verstanden und infolgedessen nicht ganz richtig wiedergegeben habe (Anlage 17). Am 5. Mai bekam ich in Karlsruhe einen zweiten Abschiedsbrief des Herrn Reichsministers, in dem als Grund für mein Ausscheiden gewissermaßen vorwurfsvoll angegeben wird

wird

- 1.) daß der Herr Reichsstatthalter in Baden die Wahl Reichserziehungsministerium oder Baden gestellt habe,
- 2.) daß ich mich nicht für das Reichserziehungsministerium entschieden hätte
- 3.) daß meine Wünsche nicht hätten erfüllt werden können.

(Anlage 19). Der Herr Reichsminister schließt sein Schreiben mit dem Wunsche, ich möchte mich auch fernerhin dem Reichserziehungsministerium eng verbunden fühlen.